

## Medienmitteilung

Basel, 10. Mai 2019

# Wirtschaft und Politik sagen klar NEIN zur Extrawurst des LVB

---

Politik und Wirtschaft stellen sich vereint gegen die schädlichen Initiativen des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB). Beide Initiativen hebeln demokratisch zugesicherte Rechte aus und haben diskriminierenden Charakter.

---

Regierung und Landrat haben die beiden Initiativen des LVB mit grosser Mehrheit abgelehnt. Ein Grund dafür ist die Ungleichbehandlung von politischen Geschäften – ganz klar ein politisch-demokratisches Unding. Die beiden Initiativen sind zudem sehr komplex und schwer verständlich. Die Plakate des LVB bilden nicht den Kern der Initiativen ab, sind mehr irreführend als transparent. Die Handelskammer beider Basel und die politischen Parteien erachten deshalb die beiden Initiativen als schädlich sowohl für das politisch-demokratische Verständnis, wie auch für die wichtige interkantonale Zusammenarbeit im Bildungswesen.

### Keine Ungleichheit

Die Initiative „Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!“ fordert, dass bei allfälligen Sparmassnahmen die maximale Klassengrösse in handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächern mit einer Zweidrittelmehrheit im Landrat geschützt wird. Damit müssten neu rund 60 Landrätinnen und Landräte zustimmen, damit die Schülerzahl zum Beispiel einer Musikklasse erhöht werden kann. Für eine grössere Klasse in Mathematik oder Deutsch werden hingegen weiterhin nur 46 Stimmen benötigt. Im gleichen Ausmass soll die individuelle Vor- und Nachbereitungszeit pro Lektion von Lehrpersonen vor Sparmassnahmen geschützt werden. Für das Staatspersonal aus anderen wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit oder Verkehr soll die bisherige Regelung gelten.

Diese Ungleichbehandlung hat zur Folge, dass bei Sparmassnahmen auf Bereiche zurückgegriffen werden muss, die nicht in den Initiativen des LVB berücksichtigt sind. Das kann dazu führen, dass bei Deutsch, Mathematik, weiteren MINT- oder Freifächern gespart wird oder der Sparhebel bei Polizisten oder beim Pflegepersonal angesetzt wird.

### Keine Extrawurst

Die Initiative „Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!“ will eine Sparregelung einführen, die es so ebenfalls in keinem anderen öffentlichen Bereich gibt. Mit einem gesetzlich vorgegebenen Katalog setzt die Initiative auf das Verursacherprinzip und verlangt, dass Sparmassnahmen rückwirkend dort angesetzt werden, wo in den letzten fünf Jahren am meisten

Handelskammer beider Basel  
St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
F +41 61 270 60 05

[www.hkbb.ch](http://www.hkbb.ch)

investiert wurde. Es besteht die Gefahr, dass verschiedene Bildungsstufen gegeneinander ausgespielt werden. Interkantonale Projekte sind besonders betroffen und damit gefährdet: gemäss Initiative müssten bei allfälligen Sparmassnahmen zuerst die Mittel für diese interkantonalen Bildungsprojekte gekürzt werden.

#### Keine Einschränkung der demokratischen Rechte

Neben diesen Ungleichbehandlungen haben beide Initiativen zur Folge, dass die demokratisch zugesicherten Steuerungsmöglichkeiten im Bildungsbereich für die Regierung, den Landrat, den Bildungsrat aber auch das Volk eingeschränkt würden. Politik und Wirtschaft des Kantons Basel-Landschaft lehnen deshalb die beiden Initiativen entschieden ab und empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein NEIN zu den beiden schädlichen Bildungsinitiativen.

#### Weitere Auskünfte:

Martin Dätwyler, Direktor Handelskammer beider Basel, Tel. 061 270 60 62

Marc Oliver Bürgi, Parteipräsident BDP Baselland, Tel. 079 750 67 62

Felix Keller, Fraktionspräsident CVP/BDP Baselland, Tel. 079 407 91 50

Saskia Schenker, Parteipräsidentin FDP Baselland, Tel. 079 212 78 65

Rolf Richterich, Fraktionspräsident FDP Baselland, Tel. 079 966 60 00

Jacqueline Bader Rüedi, FDP, Mitglied Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, Tel. 079 426 82 33

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident Grüne Baselland, Tel. 079 320 87 40

Dominik Straumann, Fraktionspräsident SVP Baselland, Tel. 079 654 08 80

Georges Thüring, SVP, Mitglied Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, Tel. 079 644 05 14